



Die Wirtschaftskammer sieht die Zeit für mehr Flexibilität gekommen, die Arbeiterkammer schreit auf.

Foto: Reuters / Toby Melville

Der Streit um Zeit und Geld

Die Österreicher sollen flexibler arbeiten. Die Firmen glauben, so wettbewerbsfähig bleiben zu können. Vertreter der Arbeitnehmer sehen hingegen mühsam erkämpfte Rechte auf dem Spiel. Worum es in der Debatte wirklich geht.

Andreas Sator

Hunderttausende Menschen in Österreich arbeiten im Schichtbetrieb. Damit Firmen ihre Kunden rechtzeitig beliefern können, bleibt oft auch in der Nacht das Licht an. Wenn der Chef will, kann er die Mitarbeiter dafür auch zwölf Stunden am Tag, 60 Stunden die Woche arbeiten lassen, sagt der Arbeitsrechtler Martin Risak. Im Schichtbetrieb gilt die maximale Arbeitszeit von 50 Stunden nämlich nicht.

Wenn es nach der Wirtschaftskammer geht, dann soll das bald für alle Arbeitnehmer in Österreich gelten. Sie will, dass Firmen auf größere Aufträge mit längeren Arbeitszeiten reagieren können. Wenn weniger los ist, sollen die Stunden wieder abgebaut werden. Die Grenze für die tägliche Arbeitszeit soll auf zwölf Stunden und damit in der Woche auf 60 Stunden steigen. Bis Juni müssen sich die Arbeitgeber mit der Arbeiterkammer auf eine Lösung für flexiblere Arbeitszeiten einigen.

So hat es ihnen die Regierung aufgetragen und gleichzeitig die Rute ins Fenster gestellt: Schaffen es die Sozialpartner nicht, werden SPÖ und ÖVP eine Einigung über ihre Köpfe hinweg erzielen. Denn hitzig diskutiert wird das Thema schon einige Jahre. Aber warum ist die Aufregung dabei so groß?

Im Grunde sind die meisten Beteiligten dafür, mehr Flexibilität zu schaffen. Die Industriellenvereinigung sagt, es gehe im Prinzip nur darum, „betriebliche Realitäten endlich auch rechtlich abzubilden“. Schon jetzt werde oft länger als zehn Stunden am Tag gearbeitet, auch wenn das offiziell nicht erlaubt sei. Helmut Hofer vom Institut für Höhere Studien hält das für sinnvoll. Immer öfter stelle sich in der Wirtschaftswelt bei Aufträgen die Frage: „Mache ich es jetzt oder gar nicht?“. Auch Kanzler Christian Kern (SPÖ) sagte bei seiner Grundsatzrede in Wels: „Wir werden nicht umhinkommen, flexibler zu arbeiten.“

Zuschläge auf dem Spiel

Auch die Arbeiterkammer zeigt sich im Prinzip gesprächsbereit. Der Teufel steckt jedoch im Detail. Denn die Wirtschaftskammer will nicht nur bis zu zwölf Stunden am Tag arbeiten lassen, sondern auch die „Normalarbeitszeit“ auf zehn Stunden erhöhen. Das heißt nicht, dass dann alle zehn Stunden am Tag arbeiten müssen. Es hieße, dass erst ab der elften Stunde Überstunden zu zahlen sind, was in dieser Form einer Kürzung der Löhne gleichkommen würde. Im Schnitt verdient eine Vollzeitkraft brutto 15 Euro pro Stunde. „Sie würde also 7,50 Euro an Überstundenzuschlag verlieren“, sagt Adi

Buxbaum von der Arbeiterkammer dem STANDARD. In Summe könnte das die Arbeitnehmer im Jahr 1,5 Milliarden Euro kosten.

IHS-Ökonom Hofer hält das für einen „ersten Vorschlag“, von dem die Wirtschaft in den Verhandlungen wohl abgehen werde. In der Wirtschaftskammer will man sich zu einer potenziellen Kürzung der Zuschläge nicht äußern. „Wir sind mitten in Verhandlungen, die sich schwierig gestalten“, sagt Rolf Gleißner, Referent für Sozialpolitik. Der Mindestlohn, den die Sozialpartner parallel verhandeln, führe aber zu massiven Mehrkosten. „Wir erwarten uns Entlastungen in puncto Arbeitszeit.“

Für einen Teil dieser Entlastung könnte der Wunsch der Wirtschaft sorgen, dass Mehrarbeit über zwei Jahre durch weniger Arbeit ausgeglichen werden können soll. Derzeit sehen die meisten Kollektivverträge vor, dass nach sechs oder zwölf Monaten abgerechnet wird, sagt Risak von der Uni Wien.

Ein Beispiel: Wer eine Woche fünf Stunden zu viel arbeitet, bekommt die Überstunden oft erst dann ausbezahlt, wenn er sie nach einem halben Jahr nicht als Zeitausgleich konsumiert hat. „Je länger man dabei durchrechnet, desto eher spart sich das Unternehmen die Überstundenzuschläge“, sagt Risak.

Steuerbegünstigung von Überstunden „kontraproduktiv“

Wifo: Abschaffung mit Arbeitszeit kombinieren

Über die Arbeitszeitflexibilisierung wird nun heftiger gerungen. Das wäre auch ein Anlass, über die steuerliche Begünstigung der Überstunden zu diskutieren. Experten halten das Instrument überwiegend für einen falschen Anreiz, nämlich mehr zu arbeiten und damit den Arbeitsmarkt zu strapazieren. Die Ausnahme stand in den letzten Jahren deshalb immer wieder auf der Abschlussliste, war aber nicht umzubringen. Wie so oft, wenn sich die Politik vor einem Aufschrei der Betroffenen fürchtet.

Besonders skurril: Im Vorfeld der mit 2016 in Kraft getretenen Entlastung hatte sich auch die eingesetzte Steuerreformkommission für die Streichung der Begünstigung ausgesprochen. In dem Gremium saßen durchwegs rote und schwarze Parteigänger wie der mittlerweile pensionierte Arbeiterkammerdirektor Werner Muhm oder der damalige Vorsitzende des Finanzausschusses im Parlament, Andreas Zakostelsky (ÖVP). Einschnitte blieben dennoch aus. Auch im Reformkonzept der Kammer der Wirtschaftstreuhänder wird eine Streichung befürwortet: „Warum der Steuer-gesetzgeber das Leisten von Überstunden letztlich durch Steuerfreistellung fördern muss oder soll, ist unerklärlich“, zumal die Mehrarbeit in Form von Zuschlägen ohnehin abgegolten werde.

253 Millionen Überstunden leisten die Österreicher im Jahr, 52 Millionen davon unbezahlt. Das sei schon aus arbeitsmarktpolitischen Gründen „kontraproduktiv“, sagt Wifo-Ökonomin Margit Schratzenstaller. Dazu kämen gesundheitspolitische und Gender-Argumente, die gegen die Begünstigung sprächen. Denn: Überstunden werden hauptsächlich von Männern geleistet (siehe Grafik unten). Auch Schratzenstaller rät, derart sensible Bestimmungen „in einen größeren Kontext wie die Arbeitszeit einzubinden“. Wenn man einzelne Ausnahmen isoliert behandle, „kommt man nicht weiter“.

250 Millionen Budgetausfall

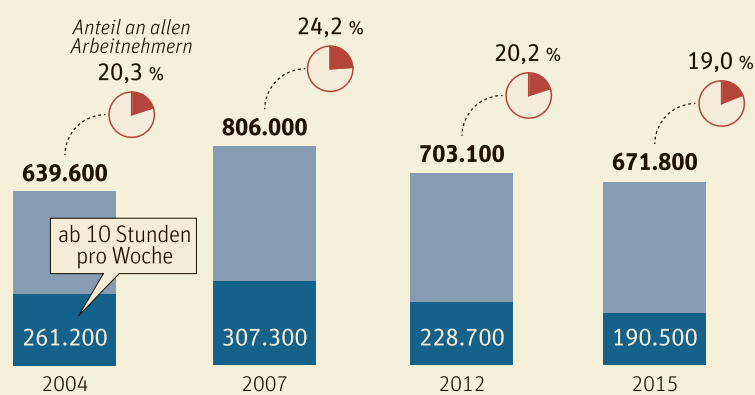
Auch fiskalische Gründe würden eine Abschaffung der Ausnahmeregelung rechtfertigen, so Schratzenstaller. 250 Millionen Euro würden dann ins Budget fließen. Wobei die Expertin betont, dass der Zufluss für andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden sollte.

Die Eckpfeiler der Begünstigung: Zuschläge für die ersten zehn Überstunden im Monat sind steuerfrei. Allerdings wird diese Regelung deutlich eingeschränkt, indem höchstens 86 Euro im Monat aus diesem Titel abzugsfrei vereinnahmt werden können. Bis 2009 waren es noch höchstens fünf Stunden, doch in einer besonders denkwürdigen Nationalrats-sitzung kurz vor den Wahlen am 24. September 2008 wurde ein ganzes Paket an teuren Erleichterungen (13. Familienbeihilfe, Verlängerung der Hacklerregelung, Abschaffung der Studiengebühren usw.) geschnürt.

Das Finanzministerium hat im Förderungsbericht zu den Überstunden keinen Einzelwert ausgewiesen. Gemeinsam mit der Begünstigung für Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen sowie Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit wird ein Steuerausfall von 930 Millionen Euro ermittelt. (as)

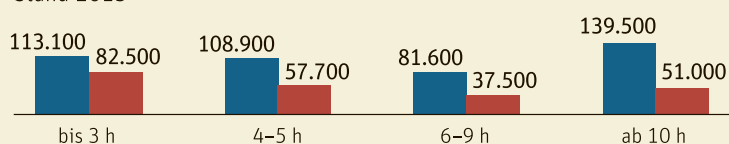
Weniger Überstunden

Arbeitnehmer in Österreich, die Überstunden leisten



Nach wöchentlichen Überstunden

Stand 2015



Quelle: APA, Statistik Austria

DER STANDARD